

„Die Union trickst“

SPD sieht Hinhaltetaktik
beim Kundus-Ausschuss

Herr Arnold, wann muss Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor dem Untersuchungsausschuss aussagen?

Die Union versucht mit allen verfahrenstechnischen Tricks, seine Befragung hinauszuzögern. Sie will erst die Sachverhalte klären und einfache Soldaten befragen, danach sollen die Verantwortlichen auftreten. Die Regierungsparteien wollen ein Jahr Zeit gewinnen, in der Hoffnung, dass Gras über die Sache wächst.

Im BND-Ausschuss beharrte die SPD aber auch darauf, zunächst die Sachfragen zu klären.

Damals gab es einen erheblichen Klärungsbedarf in der Sache. Der BND-Ausschuss hatte nicht den Luxus, einen umfangreichen Isaf-Abschlussbericht zu haben. Wir müssen uns darauf konzentrieren zu klären: Wer hat zu welchem Zeitpunkt was gewusst? Und warum wurden Bundestag und Öffentlichkeit falsch informiert? Die Parlamentsmehrheit versucht aber zu tricksen, um den Minister zu schützen. Die Verantwortung soll offenbar auf die Bundeswehr und die einfachen Soldaten abgewälzt werden.

Wieso sollte sie dies tun?

Ich nehme jedenfalls zur Kenntnis, dass Herr zu Guttenberg öffentlich erklärt hat, ein Interesse an einer zügigen Aufklärung zu haben. Die Verhandlungen mit der Union im Ausschuss legen das Gegenteil nahe: CDU und CSU ha-

ben wohl Sorge, dass der Minister die Dinge nicht aufklären kann.

Was muss er denn erklären, er war doch damals nicht im Amt?

Ich wüsste schon gerne, warum Guttenberg am 6. November zunächst den Angriff für militärisch angemessen hielt und aufgrund welcher neuen Erkenntnisse er sich später korrigierte. War die Entlassung des Generalinspektors und des Staatssekretärs begründet – oder ein Schnellschuss? Wer sagt die Wahrheit?

Zweifeln Sie an den bisherigen Darstellungen des Vorfalls?

Ich frage mich, weshalb wir Obleute drei Tage nach dem Vorfall falsch oder unzureichend informiert wurden. War das eine bewusste politische Strategie oder hat das Militär abgeblockt? Ich weiß nicht, was schlimmer wäre.

Und nun?

Die SPD wird alle rechtlichen Mittel nutzen, die Vorgänge zügig aufzuarbeiten. Sollte sich die Union uneinsichtig zeigen, werden wir einen eigenen Untersuchungsausschuss einsetzen oder Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einreichen.

Interview: Steffen Hebestreit

Rainer Arnold,

Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss, will Guttenberg bald befragen.